



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Eine Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für Bayern – Vom Projekt zur Struktur

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den aktuellen Umsetzungsstand des partizipativen Prozesses zur Erstellung einer BNE-Landesstrategie Bericht zu erstatten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Welche personellen und finanziellen Mittel werden aufgewandt?
- Welche zivilgesellschaftlichen Akteurinnen oder Akteure werden einbezogen?
- Welche Monitoringinstrumente und -maßnahmen werden eingesetzt?
- Wie partizipativ und transparent ist der Strategieprozess angelegt?

Begründung:

In der Schriftlichen Anfrage „Strukturelle Stärkung und qualitative Weiterentwicklung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen“ des Abgeordneten Hep Monatzeder vom 15.11.2021 (Drs. 18/20670) kündigt die Staatsregierung auf Seite 18 die „Geplante Erarbeitung einer Gesamtstrategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung [an], die alle Bildungsbereiche beleuchten und eine dauerhafte Aufnahme von BNE unterstützen soll.“ Ziel einer Bayerischen BNE-Landesstrategie muss sein, in allen Bildungsbereichen und -institutionen vom Projekt zur Struktur zu kommen sowie dabei einen gesamtinstitutionellen und partizipativen Ansatz unter enger Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure zu verfolgen. Auch der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) formuliert neben konkreten Handlungsempfehlungen das klare Ziel einer strukturellen Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen in Deutschland (Frühkindliche Bildung, Schule, berufliche Bildung, Hochschulen, non-formale Bildung). Der Aktionsplan unterstreicht die wichtige Rolle der Bundesländer bei der konkreten Umsetzung, da Bildung im föderalen System der Bundesrepublik eine Kernkompetenz der Länder darstellt.